

Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung eines Vortrages, der beim Fachkongreß „Rechtsextreme Jugend – Eine Erschütterung der Gesellschaft?“ (8. bis 10.3.2000) in Leipzig vorgetragen wurde. Der Fachkongreß wurde veranstaltet von der Stadt Leipzig, der Universität Leipzig, der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (FH), dem Deutschen Jugendinstitut, der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugend und Schule sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung/Büro Leipzig.

Erstveröffentlichung in: Stefan Danner/Nina Dulabaum/Peter Rieker/Christian von Wolffersdorff (Hrsg.): Rechtsextreme Jugend: Eine Erschütterung der Gesellschaft? Ursachen, Ausdrucksformen, Prävention, Intervention, Leipzig 2001.

Michael Kohlstruck

Politische Bildung und Rechtsextremismus

Welche Bedeutung kann die politische Bildung (pB) in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (RE) haben?¹ Die Frage kann hier nicht in allen Dimensionen erörtert werden. Im folgenden gehe ich (1) zunächst auf einige allgemeine Angebote der öffentlichen Träger von pB in der Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus ein. (2) Nach einer Erläuterung des zugrundeliegenden Verständnisses von pB betrachte ich anschließend (3) einen speziellen Aspekt der pB, nämlich die außerschulische politische Bildungsarbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen. (4) Im ganzen möchte ich die These erläutern, daß die Auseinandersetzung mit dem RE für die pB allgemeine und besondere Aspekte umfasst. Das spezifische Leistungsprofil von pB kann allerdings nur dann angemessenen eingeschätzt werden, wenn man sie nicht mit Übererwartungen konfrontiert² und die Auseinandersetzung mit dem RE auch in anderen politischen und gesellschaftlichen Bereichen führt.³

(1) Ursprünglich waren mit „politischem Extremismus“ aktive Bestrebungen gemeint, die auf eine Veränderung der politischen und sozialen Ordnung der Bundesrepublik gerichtet waren. Im Zuge einer Erweiterung des Extremismusbegriffs Mitte der achtziger Jahre wurde er auch auf Einstellungen, Meinungsäußerungen und Verhaltensweisen übertragen, die nicht notwendigerweise politisch zielgerichtet sind, deren Gehalt aber im offenen Gegensatz zu den ungeschriebenen Normen einer zivilen Gesellschaft und zum Grundrechtskatalog des Grundgesetzes stehen.⁴ Im folgenden sind mit „Rechtsextremismus“ auch solche unzivilen und antizivilen Verhaltensweisen gemeint, wie sie insbesondere von Cliquen rechtsorientierter Jugendlicher praktiziert werden. Zu den Aufgaben der staatlichen Träger der pB gehört es, im Hinblick auf derartige Entwicklungen Informationen erarbeiten zu lassen und zu verbreiten. Neben der Bundes- und

¹ Überarbeitetes Referat in der AG 4 der ersten Themenrunde „Rechtsextreme Jugend in unterschiedlichen Kontexten“. Einige Aspekte, die in der Diskussion des Referates zur Sprache kamen, wurden eingearbeitet.

² Vgl. die älteren, aber weiterhin gültigen Überlegungen von Albert Scherr, Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen, in: Deutsche Jugend (DJ) 41 (1993), H. 3, S. 127-135.

³ Vgl. Andrea Grimm (Hrsg.), Rechtsextremismus. Bestandsaufnahme, gesellschaftliche und politische Folgerungen, Lohcum 1999 (Evangelische Akademie Lohcum, Lohcumer Protokolle 10/99).

⁴ Symptomatisch für diese Begriffserweiterung sind Überlegungen zu einem „soziologischen Rechtsextremismusbegriff“ i.U. zu einem politisch-verfassungsrechtlichen Begriffsverständnis. Die stärkste Resonanz hatten hier die Arbeiten von Wilhelm Heitmeyer (etwa: Identitätsprobleme und rechtsextremistische Orientierungsmuster. Provokiert die gesellschaftliche Entwicklung "unauffällige" Bedeutungszuwächse einer Ideologie der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz? in: Dieter Baacke/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Neue Widersprüche. Jugendliche in den 80er Jahren, Weinheim, München 1985, S. 175-198; ders., Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation (1987). Weinheim, München 1992, S. 15, 23-30). Auf andere Stationen dieser Begriffspolitik und die Implikationen der Bedeutungserweiterung kann ich hier nicht eingehen. Vgl. etwa Wilfried Breyvogel, Die neue Gewalt Jugendlicher gegen Fremde 1990-1993. Zur Kritik der Arbeiten des "Bielefelder Erklärungsansatzes", in: Sozialwissenschaftliche Literaturrundschau (SLR) 1994, H. 29, S. 14-26. Allerdings muß der Unterschied zwischen Einstellung/Gesinnung und praktischem Verhalten ebenso hervorgehoben werden wie der zwischen der Strafbarkeit von Gewalttätigkeiten und ihrer Eingebundenheit in eine Strategie der politischen Systemveränderung.

den Landeszentralen für politische Bildung zählen zu den Anbietern von Publikationen zur Geschichte und Struktur des politischen Extremismus auch das Bundesinnenministerium, das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz. Sie stellen den Multiplikatoren in der politischen Bildungsarbeit und interessierten Bürgern Berichte über ihre eigene Arbeit und Publikationen zur Verfügung, die wissenschaftlichen Anspruch erheben. Mit Berichten aus der Forschung und Arbeitshilfen für die politische Bildung trug die Bundeszentrale für politische Bildung in den letzten Jahren zu einer Beschäftigung mit dem Wertbezug der politischen Ordnung der Bundesrepublik und der Geschichte, Struktur und Ideologie des politischen Extremismus bei.⁵ Das Innenministerium unterstützte die geistige Auseinandersetzung mit dem Extremismus durch eine eigene Broschürenreihe „Texte zur Inneren Sicherheit“ und die Verbreitung des Jahrbuches „Extremismus & Demokratie“.⁶ Mit den beiden Wanderausstellungen „Verfassungsschutz im demokratischen Rechtsstaat“ (seit 1991) und „Demokratie ist verletzlich - Rechtsextremismus in Deutschland“ (seit 1996) nutzte das Bundesamt für Verfassungsschutz bürgernahe Informationsmedien.⁷

Damit sind kostengünstige Informations- und Diskussionbeiträge verfügbar, die für die individuelle Meinungsbildung und die Beteiligung an öffentlichen Diskussions- und Willensbildungsprozessen genutzt werden können. Von diesen breit gestreuten Angeboten für die Meinungsbildung in der Bevölkerung kann die politische Bildungsarbeit unterschieden werden, die in spezifischen institutionellen Settings stattfindet wie die pB in der Schule, die politische Erwachsenenbildung oder die außerschulische Jugendbildungsarbeit, die in den folgenden Ausführungen im Zentrum steht. Diese Einschränkung ist im Hinblick auf den RE sachlich gerechtfertigt: Das Problem des RE, mit dem wir es heute zu tun haben, ist ebenso ein Partei- und Organisationsproblem wie ein Jugendproblem. Der RE in den neuen Bundesländer ist durch eine Dominanz des subkulturellen Protests charakterisiert, während Rechtsextremisten in Westdeutschland stärker organisiert sind. „Die weithin von Skinheads und deren Sympathisanten geprägten Subkulturen sind allerdings nicht fest strukturiert. Sie bestehen zumeist aus labilen Gruppen mit großer Fluktuation. Ihre Mitglieder verfügen nur ausnahmsweise über ein festgefügtes rechtsextremes Weltbild. Sie sind selten politisch interessiert und neigen kaum zu verbindlicher Mitarbeit in Organisationen und Parteien. Der genuine Ost-Rechtsextremismus kann als ideologisch gering fundiert, schwach organisiert, spontan und besonders aggressiv charakterisiert werden. Er ist überwiegend subkulturell und bewegungsförmig orientiert.“⁸ Für den RE in den neuen Ländern ist es charakteristisch, daß er als Jugendkultur attraktiv geworden ist und damit auch die Eigendynamiken und altersspezifischen Gegebenheiten aufweist, die für alle Jugendkulturen beobachtet werden können.⁹

Die an der rechtsextremen Bewegung Beteiligten sind zu einem großen Teil in einer Lebensphase, in der die Berufsausbildung noch nicht abgeschlossen ist, eine Familiengründung noch nicht

⁵ Etwa: Hans-Uwe Otto/Roland Merten (Hrsg.), Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch, Bonn 1993; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3. Aufl. Bonn 1993; Argumente gegen den Hass, Bd. I: Bausteine für Lehrende in der politischen Bildung, Bd. II: Textsammlung, Bonn 1993; Ansgar Klein (Hrsg.), Grundwerte in der Demokratie, Bonn 1995; Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handbuch zu deutscher Einheit 1949 - 1989 - 1999, Bonn 1999; Bezugsadressen: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn; Homepage: www.bpb.de; Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Schützenhofstr. 36, 01129 Dresden, Homepage: www.slpb.de.

⁶ Das Jahrbuch wird herausgegeben von Uwe Backes und Eckhard Jesse und erschien 1999 im 11. Jahrgang.

⁷ Bezugsadresse: Bundesministerium des Innern, Ref. Innere Sicherheit (IS 3), 11014 Berlin, Fax: 01888 681-1610. Vgl. Das Parlament Nr. 36, 28.08.1998, S. 10. Bezugsadresse: Bundesamt für Verfassungsschutz, Merianstr. 100, 50765 Köln, Homepage: www.verfassungsschutz.de. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen Neuländer Str. 60, 01129 Dresden.

⁸ Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinigten Deutschland. West-Ost-Unterschiede und Institutionentransfer seit der deutschen Einheit, in: Deutschland-Archiv 33 (2000), H. 2, S. 181-193. S. 185.

⁹ Vgl. Michael Kohlstruck, Spiele und Terror. Fremdenfeindliche Gewalttätigkeiten und maskuline Jugendkulturen, in: Peter Widmann/Rainer Erb/Wolfgang Benz (Hrsg.), Gewalt ohne Ausweg? Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin 1999, S. 223-257.

erfolgt ist und auch die Ausbildung der persönlichen Identität einschließlich der politischen Grundüberzeugungen noch nicht abgeschlossen ist. Diese Tatsache ist für die pB wichtig, da in dieser Phase der Persönlichkeitsentwicklung Impulse von außen eher aufgenommen werden als in späteren Jahren.

(2) Zu einer pluralistischen Gesellschaft, die demokratisch und rechtsstaatlich verfaßt ist, gehört ein offenes Verständnis von Gesellschaft, Politik und Geschichte. Dies impliziert eine Absage an die Vorstellung, es gebe objektive Ziele in der Geschichte, die die Politik zu verwirklichen hätte. Verabschiedet werden auch allgemein verbindliche Antworten auf letzte Sinnfragen - eine Emanzipation von allen Letztbegründungen und Ideen eines „Neuen Menschen“.¹⁰ Wenn man die pluralistische Gesellschaft in dieser Weise versteht, wird deutlich, warum die Rede von *politischer Bildung* und nicht von *politischer Erziehung* oder *politischer Schulung* ist.¹¹ Bildung ist ein biographischer, ergebnisoffener Prozess, der in der Selbstverantwortung des Einzelnen liegt. Bildung ist als „ein Ort der Reflexion und Information, der Werturteils- und Selbstfindung“ in die Freiheit der Individuen gestellt.¹² Wichtiger als das Ziel ihres Weges, ist es, daß sie selbst gehen, daß sie Interessen finden, sich selbst in der Auseinandersetzung mit der Welt zu entwickeln.¹³ Bildungsprozesse stellen idealerweise eine Einheit von Weltinteresse und Selbstreflexion her. pB ist damit ihrer Intention und Anlage nach jedem fundamentalistischen Denken und extremistischen politischen Handeln entgegengesetzt. Sie zielt mit der Vermittlung von Kenntnissen und Kompetenzen auf die Befähigung von Individuen, sich in ein bewußtes und reflektiertes Verhältnis zu Politik und Gesellschaft zu setzen. Daraus kann das Interesse an einer eigenen politischen Betätigung entstehen, die die Eigengesetzlichkeiten des Politischen nicht übergeht und die Ansprüche moderner Subjektivität auf Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung berücksichtigt. Diese sind grundsätzlich mit einer Vereinnahmung der Einzelnen durch ein übergeordnetes Kollektiv unvereinbar. Mit ihrer Leitidee einer geistigen Autonomie des Individuums und dem Ziel der Befreiung aus undurchschaute Abhängigkeiten und Ängsten ist pB ein konstitutioneller Gegner jedes Extremismus.

So wenig wie sich eine wirklich offene Gesellschaft einem zentralen Kontrollanspruch oder einer einheitlichen Weltanschauung unterwerfen läßt, so wenig sind wirkliche Bildungsprozesse auf einen bestimmten Output festzulegen. Breite Übereinstimmung herrscht deshalb darüber, daß die pB nicht als „Feuerwehr“ fungieren kann, wenn es irgendwo „gebrannt“ hat. Einigkeit besteht auch darin, daß sie überhaupt keine politische „Mission“ zur unmittelbaren Veränderung gesellschaftlich-politischer Zustände übernehmen kann.¹⁴ Sie hat statt dessen neben Informationsforen und Anregungen anzubieten, die die Erfahrung von kommunikativer Freiheit und befriedigender Konfliktregelung ermöglichen. Die Einübung und das Training, auch divergieren-

¹⁰ Das konstitutive Fehlen von kollektiv verbindlichen Antworten auf die Sinnfrage in pluralistischen Gesellschaften kann seinerseits zu spezifischen Problemen führen. Vgl. zu diesem „Dilemma der liberalen Ordnung“ Joachim Fest, *Die schwierige Freiheit. Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft*, Berlin 1993.

¹¹ Vgl. Udo Margedant, *Politische Bildung im vereinten Deutschland*, in: Wolfgang W. Mickel (Hrsg.), *Handbuch zur politischen Bildung. Grundlagen, Methoden, Aktionsformen*, Schwalbach/Ts. 1999, S. 20-25.

¹² Wolfgang Beer, *Kontinuität und Experiment. Profil und Arbeitsfelder außerschulischer politischer Bildung*, in: *Praxis Politische Bildung 1* (1997), H. 1, S. 18-26, S. 19.

¹³ Dabei ist auch die pB außerhalb der Schule von der grundsätzlichen Paradoxie pädagogischen Handelns gekennzeichnet: Zwischen Akteuren und Adressaten der pB besteht eine strukturelle Asymmetrie, die im Gegensatz zur inhaltlichen Zielsetzung, nämlich der Konstitution eines autonomen Subjekts und mündigen Bürgers, steht. Vgl. Ulrich Oevermann, *Zur soziologischen Erklärung und öffentlichen Interpretation von Phänomenen der Gewalt und des Rechtsextremismus bei Jugendlichen*. Zugleich eine Analyse des kulturellen Syndroms, in: Hans-Dieter König (Hrsg.), *Sozialpsychologie des Rechtsextremismus*, Frankfurt a.M. 1998, S. 83-125, S. 98.

¹⁴ Vgl. Siegfried Schiele, *Politische Bildung in schwierigen Zeiten*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 1996, H. 47, S. 3-8. Wolfgang Sander, *Theorie der politischen Bildung: Geschichte - didaktische Konzeptionen - aktuelle Tendenzen und Probleme*, in: ders. (Hrsg.), *Handbuch politische Bildung*, Schwalbach/Ts. 1997, S. 5-45; Sander unterscheidet zwischen den Aufgabenbestimmungen der pB als „Herrschaftslegitimation“, als „Mission“ und der Ermöglichung von „Mündigkeit“. Wolfgang Beer, *Politische Bildung im Epochenwechsel, Grundlagen und Perspektiven*, Weinheim, München 1998, S. 9. Ebenso Klaus Ahlheim, *Rechtsextremismus: Welche Chancen hat die politische Bildung?* in: *Kursiv* 1999, H. 2, S. 44-46.

de Meinungen anzuhören, auszuhalten und sich über sie zu verständigen gehören neben den Wissensangeboten über die politische Ordnung und gesellschaftliche Fragen der Bundesrepublik zu den wichtigen Aufgaben der pB. Diese freiheitliche Ausrichtung von pB, in der sich die Offenheit der pluralistischen Gesellschaft spiegelt, ist für die pB 1976 bekanntlich im sog. „Beutelsbacher Konsens“ formuliert worden.¹⁵

Die Notwendigkeit einer pB ist einmal im Generationenwechsel begründet: die neu hinzukommenden Gesellschaftsmitglieder sollen die Demokratie als die „am wenigsten schlechte Herrschaftsform“ (Theodor Eschenburg) kennenlernen und ermutigt werden, sich aktiv zu ihr zu verhalten. Dazu gehört, daß über die politische Ordnung der Bundesrepublik informiert und für sie geworben wird: im Vergleich zu anderen politischen Systemen bedeutet die menschenrechtlich begründete Wertordnung des Grundgesetzes ein Gewinn an individueller Würde und Freiheit. Überdies sind Demokratien bei der Organisation modernen Gesellschaft leistungsfähiger als politische Zwangssysteme.¹⁶ Der Generationenwechsel macht pB zu einer Daueraufgabe, die zur Erhaltung einer offenen und freiheitlichen politischen Kultur immer erforderlich sein wird. Ihre Organisation und Finanzierung muß auch unabhängig von spektakulären Ereignissen sichergestellt sein.

Zusätzliche soziale und politische Veränderungen verstärken das Erfordernis der pB: Die Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels, der Wechsel von politischen Systemen und schließlich das offensive Auftreten von un- und antizivilen Subkulturen, die mit zielgerichtet agierenden politischen Extremisten de facto Aktionsbündnisse eingehen. Die Beschleunigung gesellschaftlichen Wandels führt zu einem wachsenden Informations- und Deutungsbedarf über die kontinuierlich und sukzessive sich verändernden gesellschaftlichen Lebensverhältnisse. Ein politischer Systemwechsel bewirkt einmalige und tief greifende Veränderungen im Norm- und Institutionengefüge von Gesellschaften, an die sich gleichfalls ein erhöhter Informations- und Orientierungsbedarf anschließt. Die Zunahme physischer Gewalt gegen Minderheiten und ein ostentativ aggressives Gebaren von subkulturellen Gruppen gegenüber Außenstehenden bedeuten einen Angriff auf die offene Gesellschaft, auch wenn sie - wie in den rechtsextrem auftretenden Subkulturen - nicht mit der Strategie eines politischen Systemwechsels verbunden sind: sie verbreiten Angst und Schrecken und beeinträchtigen die seelische und leibliche Unversehrtheit der hier Lebenden.

(3) In den Diskussionen der letzten Jahre um das Verhältnis der außerschulischen politischen Jugendbildung zur allgemeinen Jugend- und Jugendsozialarbeit wurde verschiedentlich betont, daß pB „ihre Identifizierbarkeit als Bildungsfeld und Profession“ nicht verlieren darf. Von pB im eigentlichen Sinn könne man erst dann sprechen, wenn „die Dimension des Politischen als Gegenstand und/oder Zielperspektive“ auch in der konkreten Maßnahme im Zentrum des pädagogischen Handelns stehe.¹⁷ Daß ein spezifisches Profils der pB angemahnt wird, hängt mit der Forderung nach ihrer Professionalisierung und einer Unterscheidung von anderen, ihrerseits unterscheidungsgenau verstandenen Arbeitsfeldern mit Jugendlichen zusammen. Das Plädoyer für eine ausdifferenzierte, genuine pB, die ausweisbare Ziele verfolgt und dazu auf ein qualifiziertes Personal angewiesen ist, ist vor dem Hintergrund zurückgehender öffentlicher Förderungen ver-

¹⁵ Die drei Bestandteile des Beutelsbacher Konsens sind das Überwältigungs- oder Indoktrinationsverbot, das Kontroversitätsgebot in der Gestaltung der pB und schließlich das Ziel, die Adressaten der pB zur Erkenntnis und der Durchsetzung ihrer Interessen zu befähigen. Vgl. Siegfried Schiele/Herbert Schneider (Hrsg.), Reicht der Beutelsbacher Konsens? Schwalbach/Ts. 1996.

¹⁶ Vgl. dazu die systemtheoretischen Überlegungen bei Kai Uwe Hellmann, Demokratie und Rechtsextremismus. Zur Unwahrscheinlichkeit einer evolutionären Errungenschaft, in: Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.), Demokratie in Gefahr? Zum Zustand der deutschen Republik, Münster 1997, S. 455-483, insbes. S. 457-470.

¹⁷ Beer, Kontinuität (Anm. 12), S. 23. Ders. Politische Bildung (Anm. 14), S. 169f.

ständig, zumal parallel dazu Evaluierungsmodelle entwickelt wurden.¹⁸ Professionalisierung der Arbeit und des Personals, Spezifizierung der Inhalte und Ziele sowie Transparenz nach außen verbinden sich zu einem im Wettbewerb der Anbieter tauglichen Profil.

Die anspruchsvollen Konzepte von pB scheinen allerdings an bestimmte Zielgruppen gebunden zu sein: Benno Hafener geht davon aus, daß die Nutzung der etablierten Angebote der pB schichtspezifischen Einschränkungen unterliegt und daß sie das untere Drittel der Gesellschaft überhaupt nicht erreichen.¹⁹ Dies hängt mit der Organisation des Angebotes zusammen.

Über einmalige Seminare und andere Angebote der Kurzzeitpädagogik wird nur eine bestimmte Klientel angesprochen, die - aus welchen Motiven auch immer - separate Bildungsveranstaltungen besucht.²⁰ Für diese Zielgruppe scheint es sinnvoll zu sein, separate Veranstaltungen zur pB durchzuführen und die pB als Profession und ausdifferenziertes, themen- und personenbezogenes Reflexionsfeld zu konzipieren.²¹

Betrachtet man dagegen den jugendlichen Teil der rechtsextremen Bewegung, so zeigt sich zum einen, daß die weltanschaulich festgelegten Jugendlichen für die Angebote der pB aus ideologischen Gründen wenig zugänglich sind und daß die weniger Ideologisierten selten ausgeprägte Bildungsinteressen haben. Die einmaligen Angebote der pB, in der Regel außerhalb des Wohnortes und mit eigenem Personal der pB, werden deshalb kaum wahrgenommen.

Es spricht einiges dafür, mit dieser Zielgruppe einen Typ von integraler politischer Bildungsarbeit zu praktizieren, der einen niedrigschwelligen Zugang zu historischen, gesellschaftlichen und politischen Themen ermöglicht.²² Dies kann hinsichtlich der äußeren Organisation durch eine stärkere Integration in die lokale Jugend- und Jugendsozialarbeit erreicht werden und inhaltlich durch eine deutliche Anbindung an die Themen und Parolen, die tatsächlich in den lokalen Jugendcliquen virulent sind, darunter auch des rechten „Gedankengutes“.

Eine in dieser Weise angelegte Arbeit wäre die Auseinandersetzung mit den betreffenden rechtslastigen Jugendlichen zu politischen Themen und Fragen, ohne daß dazu eigens deklarierte Veranstaltungen außerhalb der lokalen Jugendarbeit angeboten werden müßten.²³ Zwei Ebenen der Arbeit können dabei unterschieden werden: Einmal eine Art von sozialem Lernen, wenn man so will eine politische Propädeutik, bei der Fähigkeiten und Kompetenzen für die aktive Teilnahme an Gruppenprozessen erworben und trainiert werden.

Dazu gehören Selbstbewußtsein und Selbstdarstellung, Umgang mit Informationen und Informationsfülle, Perspektivübernahme, Empathie, Kommunikations- und Konfliktfähigkeit und ähnliche persönliche Qualifikationen.²⁴

¹⁸ Etwa: Franz Grubauer/Klaus Waldmann, Prozeßorientierte Qualitätssicherung in der politischen Bildung durch thematisch zentrierte Evaluation, hrsg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Bonn 1997 (Materialien zur Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe, H. 13).

¹⁹ Vgl. Benno Hafener, „Gewalt und Rechtsextremismus“. Herausforderung für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung, in: Klaus-Peter Hufer (Hrsg.), Politische Bildung in Bewegung. Neue Lernformen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Schwalbach/Ts. 1995, S. 17-39.

²⁰ Vgl. Benno Hafener, Geschichte der außerschulischen politischen Jugendbildung, in: ders. (Hrsg.), Handbuch politische Jugendbildung, Schwalbach/Ts. 1997, S. 21-36, S. 34f.

²¹ Dies wird durch einschlägige Praxiserfahrungen bestätigt. Vgl. etwa den Bericht aus dem Projekt „Jugend und Demokratie - Vermittlung demokratischer Werte in der politischen Jugendbildung (in den neuen Bundesländern)“: Carsten Passin, Jugend und Demokratie. Projekt zur politischen Jugendbildung in den neuen Bundesländern, in: Praxis Politische Bildung 3 (1999), H. 2, S. 95-102.

²² Vgl. Christian Glaß, Politische Bildungsarbeit vs. Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus Jugendlicher, in: SLR Nr. 37 (1998), S. 69-84, S. 70

²³ Vgl. dazu Albert Scherr, Subjektorientierte Jugendarbeit. Eine Einführung in die Grundlagen emanzipatorischer Jugendpädagogik, Weinheim, München 1997, insbes. S. 157-162.

²⁴ Vgl. Erhard Schlutz, Politische Bildung, soziales Lernen, Allgemeinbildung. Zu möglichen Motiven einer begrifflichen Verwirrung, in: Klaus Körber (Hrsg.), Politische Weiterbildung zwischen Gesellschafts- und Subjektorientierung, Bremen 1994, S. 421-439, insbes. S. 433. Vgl. dazu auch den neunten Jugendbericht die Empfehlung für die Jugendhilfe in den neuen Bundesländern, in denen es zur politischen Jugendbildung u.a. heißt: „Die Medien- und Publikationsangebote der Bundes- und der Landeszentralen für politische Bildung sollten ergänzt werden durch kontinuierliche, langfristig orientierte Bildungsprozesse in Gruppen. Demokratie ist nicht allein durch Lektüre zu erfahren, sondern bedarf der Einübung im alltäglichen Leben. Ohne eigene Erfahrung von Macht und Ohnmacht, Mehrheits- und Minderheitspositionen und Verantwortung, d.h. ohne das Erleben von individuellen

Zu diesen sozialisierenden Anteilen der Jugendarbeit können thematisch bestimmte, spontan und okkasionell aufkommende Diskussionen kommen, die sich mit politischen und zeitgeschichtlichen Fragen befassen. Die Beschäftigung mit historischen und politischen Themen wäre überdies durch eine Einbeziehung der biographischen und affektiven Dimension zu erweitern, Dimensionen, die in den kognitiv dominierten Veranstaltungen einer seminaristischen pB zu kurz kommen oder sich eben erst nach Ende des offiziellen Teils entfalten können. Damit stünde nicht allein der Nennwert der von den Jugendlichen geäußerte (Gegen-)Positionen, Parolen und Provokationen zur Debatte, sondern - stärker als man dies bei voll sozialisierten Erwachsenen tun würde - auch der Hintergrund ihrer biographischen, sozialen und arbeitsweltlichen Erfahrungen. Gerade bei Heranwachsenden steht eine politisch explizite Positionierung in engem Zusammenhang mit ihren Identitätsprozessen, ihrem Verhältnis zum Elternhaus und der Gruppen der Gleichaltrigen. Von daher ist die Auseinandersetzung mit ihren Positionen ergiebiger, wenn von seiten der Akteure der pB neben dem politischen Gehalt von geäußerten Haltungen auch deren „Sitz im Leben“ miteinbezogen wird. Dies kann nicht bedeuten, daß Diskussionen in der Sache weniger konsequent geführt werden. Es darf aber auch nicht bedeuten, daß die notwendige Auseinandersetzung besonders dramatisiert wird. Die Gespräche mit rechtsorientierten Jugendlichen verlaufen um so fruchtbarer, je stärker sie als Debatten zu bestimmten Problemen und Themen zwischen konkreten Personen verstanden und je weniger sie als Kampf gegen „den Faschismus“ interpretiert werden.²⁵ Fahnen- und Stigmawörter sind wohl unverzichtbare Elemente zur Standortmarkierung in den politischen Auseinandersetzungen. An ihnen sollen sich die Geister scheiden.²⁶ Eben das disqualifiziert sie für die Praxis der politischen Bildungsarbeit: sie betonen die Gegensätze und ordnen die Beteiligten politischen Lagern und Bewegungen zu. Das erschwert das Verstehen und das ~~Das Ziel universeller Anliegen sollte sein, Positionen~~ Jugendlichen in ihrer Entwicklung so zu fördern, daß sie ein höheres Maß an Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung gewinnen können und sich über die politisch-gesellschaftlichen Bedingtheit ihrer eigenen Situation ernsthaft zu interessieren beginnen. Im günstigsten Fall trägt dies zu einer Emanzipation von der sozialen Anerkennung in geschlossenen kulturellen Milieus und dem Rückhalt in fundamentalistischen Ideologien bei. Welche Erfahrungen sprechen für eine solche Idee einer Integration von Elementen der politischen Bildung in die allgemeine Jugend- und Jugendsozialarbeit? Der Gruppenzusammenhalt in Jugendkulturen maskulinen Typs erfolgt einmal über eine bestimmte Praxis von unzivilen und antizivilen Auftreten. Zu dieser Praxis gehören Gewalttätigkeiten gegen Ausländer und andere Personengruppen, die strukturell oder situativ als Unterlegene gelten. Sie werden deshalb zu Objekten von Gewalttätigkeiten gemacht, die ein risikoloses Ausagieren von Machtphantasien ermöglichen. Zum anderen existiert eine häufig recht diffuse Ebene ideologisch-politischer Artikulation. Sie ist weniger durch eine innere Konsistenz ihrer Ideologeme als durch deren Funktion für die individuelle oder die „Gruppenseele“ charakterisiert. Der Rückgriff auf nationalistische und sozialistische Versatzstücke der Zwischenkriegszeit hat häufig überhaupt nur die Funktion, eine Gegenposition zu den herrschenden Geschichtsdiskursen in Schule und Öffentlichkeit artikulieren zu helfen. Ein weiterer Zweck rechter Geschichtsrhetorik ist die Suche nach Vorbildern und Orientierungen. Im Schnittpunkt beider Zugriffsweisen kommt es zur Stilisierung von „Gegen-Helden“ - Persönlichkeiten also, die sich für die Oppositions- wie die Vorbildrolle funktionalisieren lassen. Unter diesen Aspekten haben Gregor und Otto Strasser als vermeintliche Linksozialisten innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung eine neue Aufmerksamkeit gefunden.²⁷

und kollektiven Aushandlungsprozessen, können demokratische Verfahrensweisen keine kognitive und emotionale Akzeptanz finden.“ (Bonn 1994, Bundestagsdrucksache 13/70, S. 563-580, S. 569).

²⁵ Vgl. Michael Kohlstruck, Unser Rechtsextremismus, in: Leviathan 27 (1999), H. 4, S. 467-478.

²⁶ Vgl. Oswald Panagl, „Fahnenwörter“, Leitvokabeln, Kampfbegriffe: Versuch einer terminologischen Klärung, in: ders. (Hrsg.), Fahnenwörter der Politik. Kontinuitäten und Brüche, Wien, Köln, Graz 1998, S. 13-21.

²⁷ Vgl. die politische Kritik an dieser Verklärung Kurt Gossweiler, Die Strasser-Legende. Auseinandersetzung mit einem Kapitel des deutschen Faschismus, Berlin 1994.

Eine noch stärkere Hochschätzung wird dem sog. „Friedensflieger“ Rudolf Heß entgegengebracht.²⁸

Für die Auseinandersetzung mit solchen retrospektiven Idealisierungen ist es auch für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen wichtig, sich mit diesen vermeintlichen Helden der nationalen Historie genauer auszukennen. Dabei muß es nicht notwendigerweise um die Durchführung eigens organisierten und thematisch exklusiven Informationsveranstaltung zu politisch-historischen Fragen gehen. Wünschenswert ist vielmehr eine wissensbasierte und robuste Argumentationsfähigkeit der in der Jugendarbeit Tätigen, auf die zurückgegriffen werden kann, wenn das Gespräch mit Jugendlichen auf politische und zeitgeschichtliche Themen kommt. Ein Beispiel: Reinhard Koch und Sabine Behn haben in ihren instruktiven Überlegungen zu einer professionellen sozialpädagogischen Gewaltarbeit darauf hingewiesen, daß in den einschlägigen Cliques häufig zwischen dem Nationalsozialismus und der heutigen politischen und sozialen Situation Vergleiche gezogen werden.²⁹ In polemischem Gegensatz zur offiziellen Erinnerungspolitik wird dabei das Deutsche Reich von 1938 mit der Gegenwart der Bundesrepublik verglichen. Vor diesem Hintergrund wäre es eine sinnvolle Option politischer Bildungsarbeit, in eben diesen Vergleich offensiv einzusteigen: Dabei könnte nicht nur gezeigt werden, daß das NS-Regime von Anfang an ein verbrecherisches Regime war, es ließe sich auch auf die Faszination eingehen, die das Regime für die meisten Deutschen hatte.³⁰ Andererseits können anhand der bewußt provokanten Idealisierungen des nationalsozialistischen Deutschland auch die Hoffnungen und Enttäuschungen, die sich für die Jugendlichen damit verbinden, zur Sprache kommen. Die soziale Utopie gesicherter Vollbeschäftigung und befriedigender kollektiver Sinnangebote wie die Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Statusverlust und die ausländerfeindlichen Ressentiments müssen den Rang legitimer Themen erhalten.

Aus dem Gesagten kann gefolgert werden, daß pB sowohl im Hinblick auf die Adressaten wie die Akteure eine relativ voraussetzungsreiche Angelegenheit ist: Man kann realistisch davon ausgehen, daß es auf der Adressatenseite bildungsunfähige und bildungsunwillige Personen gibt und daß sich auf der anderen Seite auch Akteure der pB finden, die für diese Arbeit ungeeignet sind. Die Angebote der pB können sich nur an diejenigen richten, die Fragen und Interessen haben, die sich also noch nicht völlig festgelegt darstellen. Wer nur Antworten hat und über alles schon Bescheid weiß, wer selbst missionieren will und andere in der rechten Lehre unterweisen möchte, ist für Lernprozesse, für Kompromisse und Aushandlungen wohl kaum zugänglich. Diese fundamentalistische Haltung kann ihrerseits auf einer Unfähigkeit oder einem Unwillen beruhen - im Ergebnis aber läuft es auf nahezu das gleiche hinaus: dogmatische Positionen scheuen kritische Anfragen und rekurrieren auf letzte Wahrheiten über den Gang der Geschichte und „das Wesen der Völker“.

Auch auf der Seite der Akteure können ungünstige Voraussetzungen benannt werden: Ein ansprechendes Angebot der pB kann nur unter der Voraussetzung gemacht werden, daß die Betroffenen in den behandelten Themen Bescheid wissen. Zudem sollten die in der pB Tätigen im Stande sein, die politische Ordnung der Bundesrepublik offensiv zu vertreten. Sie sollten in

²⁸ Rudolf Heß (1894-1987), NSDAP 1920, Teilnahme am Hitlerputsch 1923, seit 1927 Privatsekretär, ab 1933 Stellvertreter Hitlers als Parteiführer. Heß flog im Mai 1941 zu Friedenssondierungen nach England und war dort bis Kriegsende in Gefangenschaft. In Nürnberg wurde er zu lebenslanger Haft verurteilt. Heß nahm sich 1987 im alliierten Gefängnis in Berlin-Spandau das Leben.

²⁹ Vgl. Reinhard Koch/Sabine Behn, Gewaltbereite Jugendkulturen. Theorie und Praxis sozialpädagogischer Gewaltarbeit. Weinheim, Basel 1997, insbes. S. 60-74.

³⁰ Soweit der historische Nationalsozialismus zu den Themen der Jugendlichen gehört, wird er zu berücksichtigen sein. Die Auffassung, dem heutigen RE sei über Angebote einer NS-Vergangenheitsaufarbeitung wirksam entgegenzuarbeiten, die unabhängig von den Interessen der Jugendlichen einer historischen Verantwortung der Deutschen entstammen, ist in sich problematisch und findet keine Resonanz bei ihren Adressaten (ein Beispiel für diesen Typ politischer Bildung: Uli Jungbluth, Durch den Rücken in die Herzkammer. Rechtsextremismus und pädagogisches Handeln, Koblenz 1991). Kritisch zu einer derartigen „Moralisierung des Politischen“ etwa Hermann Giesecke, Politische Bildung. Didaktik und Methodik für Schule und Jugendarbeit, Weinheim, München 1993, S. 26-33; ders. Zur Krise der politischen Bildung, in: APuZ 1997, H. 32, S. 3-10, S. 9).

Diskussionen einen aktiven und parteilichen Part für diese Ordnung einnehmen und sich nicht - wie häufig zu beobachten - auf einen neutralistischen und relativistischen Standpunkt zurückziehen. Dabei muß ein Punkt ganz besonders herausgehoben werden, nämlich die notwendige Unterscheidung zwischen dem Recht auf Meinungsfreiheit und den Aufgaben der Bildungsarbeit. Selbstverständlich muß in der pB Meinungsfreiheit herrschen, so daß sich die Jugendlichen in ihren Selbstpositionierungen und Fragen nicht den Zwängen der jeweils herrschenden „political correctness“ unterworfen fühlen. Für die Art jedoch, wie auf die Jugendlichen eingegangen wird, kann nicht der weite Rahmen der Meinungsfreiheit maßgeblich sein, der das Recht des Einzelnen gegenüber dem Staat regelt. Eine konstruktive pB muß sich vielmehr am ethischen Kern des Grundgesetzes orientieren. Anders gesagt: Eine liberal verstandene Meinungsfreiheit beschränkt das Recht des Staates, Bürger in ihren öffentlichen Äußerungen zu beschneiden. Dieses Recht auf Meinungsfreiheit muß auch in Zukunft garantiert und heute verteidigt werden.³¹ Gerade im Kontext der pB sollte jede Frage und jede Meinung erlaubt sein. Allerdings darf dieser liberale Rahmen nicht mit einem Urteil über den inneren Gehalt und die Vereinbarkeit der vertretenen Positionen mit den Regeln der Zivilgesellschaft oder dem Geist der politischen Ordnung der Bundesrepublik verwechselt werden. Dieser Unterschied ist zentral: nicht alles, was rechtlich als Meinungsäußerung zulässig ist, stimmt inhaltlich mit der Wertordnung der offenen Gesellschaft überein. Und nicht alle Themen können zum Gegenstand von Meinungen werden: es gibt objektive Tatsachen, die nicht in die Beliebigkeit des Meinens aufgelöst werden können. Die Akteure der pB sollten als engagierte Demokraten auftreten können und nicht aus Scheu vor Konflikten und einem unangebrachten Harmonieverständnis den weichen, aber sumpfigen Weg eines „anything goes“ gehen. Jede politische Kultur gewinnt ihre Konturen durch den Ausschluß von Verhaltens- und Deutungsoptionen, von Optionen wohl gemerkt, nicht von Personen („Grenzen ziehen ohne auszugrenzen“ (Franz Josef Krafeld)); in der pB kommt es darauf an, die hierzulande geltenden Regeln des Politischen überzeugend zu vertreten und für sie zu werben. Die Akteure der pB sollten in Diskussionen gelassen aber deutlich zeigen, daß „Demokratie“ im Verständnis des Grundgesetzes eine aus bestimmten geschichtlichen Erfahrungen entstandene und ethisch gehaltvolle Ordnung ist. Sie ist kein mechanischer Abstimmungsautomatismus.³² Dies sollte glaubwürdig geschehen und nicht durch eine bloße Übernahme der Berufsrolle, die durch eine private und „eigentliche“ Meinungsäußerung konterkariert wird. Zur Glaubwürdigkeit der vertretenen Position gehört neben einer konsistenten Argumentation v.a. eine überzeugende Praxis: Alle demokratietheoretischen Darlegungen sind fruchtlos, wenn es in konkreten Situationen nicht gelingt, entstandene Probleme in den Adressatengruppen der pB im demokratischen Geist zu bearbeiten.³³ Die Fähigkeit, Diskussionen zu versachlichen, komplexe Problemlagen zu strukturieren, bestehende Emotionalisierungen durchschaubar zu machen und Kompromisse zu finden gehören zu einem guten Akteur der pB. Er sollte zeigen kön-

³¹ Vgl. dazu etwa die instruktiven Überlegungen von Georg Lohmann und seine gut begründeten Vorbehalte, bereits die Leugnung und nicht erst die Billigung der systematischen Judenvernichtungen unter Strafe zu stellen: Georg Lohmann, Liberale Toleranz und Meinungsfreiheit, in: K. Peter Fritzsche/Frank Hörnlein (Hrsg.), Frieden und Demokratie. Festschrift zum 60. Geburtstag von Erhard Forndran, Baden-Baden 1998, S. 117-127.

³² Ein quantitatives Verständnis von Demokratie dokumentierte sich im Verlauf der Konflikte um die Zuweisung von jüdischen Kontingentflüchtlingen aus den GUS-Staaten in der trotzigen Aussage des Bürgermeisters von Gollwitz (Land Brandenburg): „Demokratie ist, das wollen wir hier gleichmal ausdrücklich festhalten, immer noch die Herrschaft des Volkes!“ Dies war der Versuch, die Legitimität von Entscheidungen (die Ablehnung der zugewiesenen Flüchtlingen) allein auf die lokale Mehrheitsmeinung zu stützen. Vgl. zu Gollwitz: Anetta Kahane, Kippende Kommunen - Was kann die Praxis leisten? in: Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry (Hrsg.), Rechtsextremistische Jugendliche - was tun? 5. Weinheimer Gespräch, Weinheim, Basel 1999, S. 17-46, S. 21; Heiko Schäfer/Michael Hüllen, Thematisierung von Fremdenfeindlichkeit in den Medien und kommunale Reaktion am Beispiel von Gollwitz und Guben, in: Widmann u.a., Gewalt (Anm. 9), S. 81-110.

³³ Für die Schule hat Ulrich Oevermann davor gewarnt, das Thema „Ausländerfeindlichkeit“ unabhängig von einer etwaigen ausländerfeindlichen Praxis in den Klassen nur per Lehrplan zu behandeln. „Dies ist nicht nur ineffektiv, sondern gefährlich. Den Schülern wird nämlich indirekt dabei die Botschaft vermittelt, daß es nicht auf die gelebte Praxis, sondern auf die ‚gelaberte‘ Beherrschung der Gesinnung als Lebensstil ankommt.“ (Oevermann, Zur soziologischen Erklärung (Anm. 13), S. 106).

nen, daß Kompromisse und Ausgleich zwischen gegensätzlichen Positionen nicht Zeichen von Schwäche sind, sondern Souveränität bedeuten.³⁴ Die Versuche, bei unterschiedlichen Interessen das Verbindende zu suchen und dabei zu rationalen Problembewertungen und Problemlösungen zu gelangen, sind allemal Konfliktverläufen vorzuziehen, in denen Interessengruppen ihre Sicht der Dinge verabsolutieren und starr an ihren einmal eingeschlagenen Wegen festhalten. Derartige Anleitungen der Jugendarbeit können vielleicht nicht zur pB im engeren Sinne gerechnet werden. Gleichwohl sollte man ihre politische Dimension nicht unterschätzen: Die Konfliktbewältigung zwischen rivalisierenden Gruppen in einer Jugendfreizeiteinrichtung kann zu einem weit gefaßten Konzept der pB gerechnet werden: Wenn es gelingt, die verfeindeten Gruppen zu ihrer wechselseitigen Anerkennung als prinzipiell gleichberechtigte Interessenträger zu bringen, ist ein erster Schritt in der Praxis des Politischen getan. Denn nun ist die Frage nicht mehr die der radikalen und unpolitischen Alternative „Wir oder Sie“; statt dessen werden Aushandlungsprozeduren gesucht und gewaltfreie Verfahren der Konfliktbewältigung praktiziert.³⁵ Auch ohne eine thematische Beschäftigung mit ausdrücklich deklarierten Themen des Politischen wäre an einer solchen Konfliktbewältigung die politisch gehaltvolle Erfahrung zu machen, daß zwischen gleichen Rechten nicht die Gewalt entscheiden und es nicht zum Kommunikationsabbruch kommen muß, sondern daß gemeinsam ein Kompromiß entwickelt werden kann. Ob die in einigen Aspekten skizzierte integrale pB den Kriterien der oben angesprochenen Diskussionen um eine genuine pB genügt, muß hier nicht entschieden werden. Die Auseinandersetzungen um das Spektrum der „Maßnahmen“, die legitimerweise zur pB gerechnet werden, hängen offensichtlich auch stark mit den institutionellen Zwängen dieses Feldes, mit Förderungsrichtlinien und Bezuschussungsfragen zusammen. Wie immer man die sozialisatorischen Lernprozesse in der Praxis der Jugendarbeit oder die okkasionellen und biographisch reflektierten Diskussionen mit rechtslastigen Jugendlichen bezeichnen möchte - sie finden statt³⁶ und sie sind nötig. Sie können in ihrer Qualität verbessert werden, wenn diese soziale Tatsache anerkannt wird und praktische Folgen für die Qualifizierung der Jugendarbeiter hat.

(4.) Was kann die pB zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beitragen? PB ist - anders als politische Indoktrination oder eine parteiliche Schulung - ihrer ganzen Struktur nach nicht-fundamentalistisch, ja antifundamentalistisch angelegt. Unabhängig vom Thema des politischen Extremismus, vertritt sie von ihrer Anlage her ein offenes Konzept, das an (Selbst-)Aufklärung, an sachlicher und nicht persönlicher, an konstruktiver und nicht polemischer Auseinandersetzung orientiert ist.

Die spezifischen und überaus wichtigen Beiträge der pB werden deutlicher, wenn man sie abhebt von den Aufgaben anderer Institutionen beschreibt. Ich beantworte die Frage also zunächst negativ: Welche Aufgaben kann die pB nicht übernehmen? Von welchen Erwartungen soll sie sich freihalten, wenn sie ein spezifisches Profil wahren will?

PB kann nicht unmittelbar Straftaten verhindern und begangene Straftaten aufklären, pB kann also nicht die Aufgaben der Polizei übernehmen. Die pB kann auch nicht unter Nutzung nach-

³⁴ In einem neueren Trainingsprogramm zur Stärkung der Verhaltenssicherheit von Jugendleitern, Sozialarbeitern und Pädagogen gegenüber rechtsextremistischen Aktivitäten und Ausländerfeindlichkeit bei Jugendlichen wird die große Bedeutung bestimmter persönlicher Voraussetzungen mit einer besonderen Trainingseinheit berücksichtigt. Dabei geht es neben dem eigenen Verständnis von Aggression und Gewalt und dem eigenen alltäglichen Umgang mit Ausländern und anderen Minderheiten ausdrücklich auch um die Frage „was Ihnen persönlich die Demokratie bedeutet“. Vgl. BMFSFJ (Hrsg.), „Störenfriede“. Medienverbundprogramm gegen rechtsextremistische Aktivitäten, Berlin 1999, S. 27, 42-47. (Bezugsadresse: Broschürenstelle BMFSFJ, Postfach 201551, 53145 Bonn, Tel. 0180 5 329 329).

³⁵ Vgl. Giesecke, Politische Bildung (Anm. 31), S. 107-115.

³⁶ Vgl. etwa den auf sympathische Weise von der Praxis inspirierten Bericht: Rainer Eismann/Kurt Gref/Bernhard Mayer/Detlef Menzke, Politische Bildung in der Offenen Jugendarbeit. Nürnberger Beispiele, in: dj 45 (1997), H. 11, S. 485-493. Grundsätzlicher zu dieser Art der Praxis von pB: Michael Galuske/Thomas Rauschenbach, Politische Jugendbildung in Ausbildung und Beruf, in: Benno Hafenecker (Hrsg.), Handbuch politische Jugendbildung, Schwalbach/Ts. 1997, S. 57-77, S. 62, 60.

richtendienstlicher Mittel eine institutionalisierte Dauerbeobachtung von Organisationen, Parteien und Einzelpersonen leisten, die - mit oder ohne Gewaltanwendung - bestrebt sind, die politische und soziale Ordnung der Bundesrepublik in ihrem wesentlichen Gefüge zu verändern, pB kann also auch nicht die Aufgaben des Verfassungsschutzes übernehmen.

PB kann ebensowenig durch engagierte Recherchen und konsequente Berichterstattung über die Kontinuität von Gewalttaten gegen Minderheiten kontinuierlich auf den Dauerskandal aufmerksam machen, daß hierzulande nicht jeder vor Angriffen auf Leib und Leben sicher ist: PB ist kein investigativer oder kritischer Journalismus. PB kann auch nicht unmittelbar in den lokalen Milieus und Orten für die Geltung von Normen des sozialen Lebens sorgen, die den Respekt vor anderen Personen und Gruppen garantieren. Dazu würde gehören, daß Handlungen und Verhaltensweisen, die gegen diese Normen verstoßen, publik gemacht würden und im lokalen Milieu als illegitim geächtet werden. Das sind Aufgaben, die nur lokal von Eltern, Nachbarn, Vereinen, Kommunalpolitikern, Lehrern und anderen Personen ausgeübt werden können, die das soziale Umfeld von rechtsorientierten Cliquen und Gewalttätern bilden. Die pB kann schließlich auch keine reale Gegenmacht zu bestehenden rechten Organisationen und ihren öffentlichen Selbstdarstellungen aufbauen. Sie ist also weder für konkrete politische Aktionsformen wie Demonstrationen oder Protestveranstaltungen zuständig noch ist sie selbst schon eine Bürgerinitiative oder ein Bündnis gegen rechts. Ebensowenig kann sie die materielle Unterstützung von Gewaltopfern übernehmen. Sie ist auch kein Ersatz für Stellungnahmen von Politikern, Parteien oder anderen gesellschaftlichen und politischen Gruppen.

Was kann pB leisten? Sie kann die Bevölkerung informieren über die Geschichte rechtsextremer Bewegungen, Organisationen und Parteien, über die politischen Positionen und Ideologien, Symbole und aktuelle Themen, mit denen Rechtsextreme heute für sich werben. Sie kann aufklären über die heutigen Opfer von Gewalttaten und über die Freiheitseinbußen und Restriktionen, die für den größten Teil auch der deutschen Bevölkerung mit einem politischen Erfolg des RE verbunden wären. Dem sind die Kerngehalte der menschenrechtlich fundierten politischen Ordnung der Bundesrepublik gegenüberzustellen. Diese Informationen gehören zielgruppenübergreifend zu den Daueraufgaben der pB. Sie stärken das Selbstbewußtsein der Bevölkerung, in einem liberalen Rechtsstaat zu leben.

In einer zielgruppenspezifischen Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen und ihren Themen scheint darüberhinaus eine doppelte Chance zu bestehen. Einmal können die politisierenden Elemente jugendlichen Selbstverständnisses auf ihre Motivierung und Verwurzelung in biographischen und sozialen Erfahrungen hin verstanden werden. Damit besteht die Möglichkeit, die politischen Formeln über einen Zugang zur Person der Jugendlichen zu finden und sie von hier her zu thematisieren. Zum anderen bestehen Aussichten, auch auf der Ebene der abstrakten politischen Ideentitel Impulse zu geben, fruchtbare Skepsis zu säen und Lernprozesse anzustoßen. Politische Orientierungen sind schließlich keine unmittelbare und zwangsläufige Folge von negativen biographischen Erfahrungen oder der schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, sondern durch Lernprozesse prinzipiell veränderbare Interpretationen der eigenen Situation.³⁷

Für eine solche Konzeption von pB müssen zwei Bedingungen erfüllt sein. Aus den Erfahrungen der letzten zehn Jahre stammt die Einsicht in die enorme Abträglichkeit der „Verprojektierung der Jugendarbeit“.³⁸ Jugendarbeit ist auf ein Kontinuum stabiler personeller Konstellationen angewiesen, ohne das kein Vertrauensverhältnis zwischen Jugendlichen und Sozialpädagogen aufgebaut werden kann. Die ständige Antizipation des Verlustes des Arbeitsplatzes oder eines Wechsels der Bezugspersonen sabotiert jede Beziehungsarbeit. Jugendarbeit ist schlechterdings

³⁷ Vgl. Albert Scherr, Interventionen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Grenzen von Jugendarbeit und Sozialarbeit, in: Widmann u.a. Gewalt (Anm. 9), S. 111-130, S. 126f.

³⁸ Vgl. Philipp Walkenhorst, Prävention aggressiven und fremdenfeindlichen Verhaltens junger Menschen. Beiträge sozialpädagogischen Handelns, in: Widmann u.a., Gewalt (Anm. 9), S. 131-172.

keine Aufgabe für befristete Sonderprogramme.³⁹ Die Jugendpolitik stellt sich ein Armutszeugnis aus, wenn etwa in Brandenburg nach Expertenschätzungen 1999 mehr als 60 % der Jugendarbeit von ABM-Kräften geleistet wurde.⁴⁰

Zum zweiten erfordert eine Integration von Elementen politischer Bildungsarbeit in die allgemeine Jugend- und Jugendsozialarbeit eine zusätzliche Qualifikation der dort Tätigen. Da diese Zusatzqualifikationen erst bei einer Tätigkeit mit rechtsorientierten Cliques notwendig wird, scheint es wenig sinnvoll zu sein, sie bereits in das Grundstudium zu integrieren. Soweit jedoch im Hauptstudium projektbezogen studiert wird, sollte die Vorbereitung auf eine Tätigkeit in der Jugendarbeit auch eine ideologiekritische Ausbildung in Politik und Zeitgeschichte umfassen. Daran anschließend und in enger Abstimmung mit dem tatsächlichen Informations- und Argumentationsbedarf sollten für in der Jugendarbeit Beschäftigten entsprechende Fortbildungsangebote entwickelt werden.⁴¹

PB bietet Gelegenheit und Anregungen, sich über gesellschaftliche und politische Ideen, Themen und Probleme gemeinsam mit anderen auseinanderzusetzen. Die Praxis dieser Auseinandersetzung sollte rational und logisch verlaufen, den Gesichtspunkten der Aufklärung und der menschenrechtlichen Wertbasis des Grundgesetzes verpflichtet. PB ist eine sehr voraussetzungsvolle Aktivität, sowohl was ihren Inhalt, was ihre Adressaten und was ihre Akteure betrifft. Für die Auseinandersetzung mit dem RE liegt die größte Einschränkung wohl darin, daß pB niemanden erreichen kann, der nicht selbst Fragen hat oder wenigstens an einzelnen Themen ein Interesse zeigt. Mit der praktischen Einübung in Verfahren der Differenz- und Konfliktbewältigung und der offensive Präsentation einer menschenrechtlich begründeten politischen Ordnung versucht pB eine bestimmte Wertinternalisierung zu fördern, politisch relevantes Wissen zu vermitteln und ihre Adressaten mit Schlüsselqualifikation auszurüsten. Damit ist sie von ihrer ganzen Anlage und Aufgabe nicht geeignet, meßbare Erfolge in kurzen Zeiträumen zu erzielen. Ob und wie ihre Qualifikations-, Informations- und Problematisierungsangebote genutzt und verarbeitet werden, ist den Akteuren der pB entzogen und in die Freiheit ihrer Adressaten gestellt.

³⁹ In dieser Hinsicht bestand Konsens in der Arbeitsgruppe, der auch von den Teilnehmern ausdrücklich unterstrichen wurden, die nicht in der pB sondern etwa in der Suchtprophylaxe und -beratung tätig waren.

⁴⁰ Diese Zahl wurde von dem Brandenburger Sozialpädagogen Ralf Bartsch bei der Konferenz des Zentrums für Antisemitismusforschung über „Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg“ im November 1999 genannt. Vgl. den Konferenzbericht im Newsletter des Zentrum für Antisemitismusforschung Nr. 17 (Dez. 1999), S. 2.

⁴¹ Solche Angebote werden u.a. von den „Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen“ (RAA) gemacht. Weitere Anbieter sind etwa „Miteinander e.V. Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit“ in Sachsen-Anhalt oder die „Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus“ am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin.